

# **Gesundheit ist keine Handelsware: Wir fordern die Einhaltung der gesetzlichen Vorsorgepflicht!**

## **Ein Appell unabhängiger Ärzte, Wissenschaftler und Techniker**

### **Der Wimax-Plan**

Nach Einschätzung von Insidern hat sich die Überfrachtung unserer Lebenswelt mit elektromagnetischen Feldern allein in den letzten beiden Jahren mindestens verzehnfacht. DECT-Telefone, WLAN und UMTS sind nur die bekanntesten Namen für eine rasant zunehmende *unsichtbare* Umweltverschmutzung.

Auf ein geplantes neues Kapitel dieser Art konnte man eher zufällig mit einem Artikel der Financial Times deutsch aufmerksam werden; auch die Zeit vorweihnachtlicher Ablenkungen scheint nicht zufällig gewählt:

Am 12. Dezember 2006 will die deutsche Bundesnetzagentur die Lizenzen für das neue Breitband-Telekommunikationsnetz Wimax versteigern, das zur »Grundlage für die geplante Expansion des drahtlosen Highspeed-Internet-Netzes ab 2007« werden soll. Einer der Anbieter kündigt auch schon an, mit riesigen Summen die »größte Wimax-Netzinfrastruktur Europas errichten zu wollen« (beide Zitate in Internet-Ankündigungen der Deutschen Breitband Dienste GmbH).

Die Beurteilung der Risiken hochfrequenter elektromagnetischer Felder ist umstritten. Doch fällt auf, daß die industriefinanzierte Forschung überwiegend zu Versicherungen der Unbedenklichkeit gelangt, die industrieunabhängige überwiegend zu schwersten Bedenken. Die politisch Verantwortlichen freilich hindert das nicht, ihre Hochfrequenzpolitik auf die Annahmen der Unbedenklichkeit zu gründen. Dabei häufen sich nicht nur die Nachweise der Schäden, sondern auch Indizien

und Beweise, daß der hohe Grad industrieseitiger Forschungsfinanzierung »die Auswertung und Interpretation von Forschungsergebnissen in der Richtung einer Unterdrückung möglicher Gesundheitsrisiken beeinflusst«.<sup>1</sup>

Schon die Versteigerung der UMTS-Lizenzen erfolgte ohne Rücksicht auf vorliegende Prognosen einer drastischen Zunahme chronischer Erkrankungen und genetischer Schädigungen. Im Falle der geplanten Wimax-Versteigerung potenzieren mehrere Faktoren den Grad der Verantwortungslosigkeit.

Die Nachweise einer Schädigung durch Hochfrequenz-Felder liegen in neuer Häufung und Dichte vor; auch die Wirkungsmechanismen sind in vielem bekannt. Die Wirkungen der Wimax-Technik mit ihren neuartigen Signalmodulationen und Frequenzbandbreiten sind noch weitgehend unerforscht. Bewußt werden offenbar nicht einmal die Ergebnisse eines bundeseigenen Mobilfunk-Forschungsprogramms abgewartet, obwohl seine hälftige Industriefinanzierung kritische Übertreibungen kaum erwarten läßt.

Auch das seit Mitte Oktober vorliegende unterschriftsreife Protokoll über ein – im Bundesamt für Strahlenschutz geführtes – Gespräch mit sechs Ärzten/innen, einem Medizinmeteorologen und einem Physiker über gesundheitliche Folgen der Strahlenexposition wird offenbar gezielt zurückgehalten.

---

<sup>1</sup> So Pt. 3 der unter Anm. 2 aufgeführten *Benvenuto Resolution*

Hat unsere Umwelt samt allem menschlichen, tierischen und pflanzlichen Leben nur noch den Materialwert eines profitablen riesigen Kuchens, dessen Stücke Regierungen meistbietend versteigern? Ist

das Spiel mit der Volksgesundheit ein beinahe schon selbstverständliches politisches Ritual zur Aufbesserung bundes- und landespolitischer Haushalte?

### **Begründung der Kritik**

Die Unterzeichner/innen halten die für den 12. Dezember 2006 geplante Versteigerung der Wimax-Frequenzen für das Projekt eines eklatanten, mit nichts zu rechtfertigenden Verstoßes gegen die staatliche Vorsorgepflicht nach Artikel 2.2 des deutschen Grundgesetzes und Artikel 174 des EG-Vertrags. Sie begründen dieses Urteil sowie ihre allgemeine Kritik an der deutschen und europäischen Kommunikationsfunkpolitik wie folgt:

- Mit der *Benevento Resolution* vom 19. September 2006, die die *Catania Resolution* von 2002 aktualisiert und fort-schreibt, hat eine Konferenz der Internationalen Kommission für Elektromagnetische Sicherheit (ICEMS) die Dringlichkeit neuer »Strategien zum Schutz der Volksgesundheit durch die sinnvolle Anwendung des Vorsorgeprinzips« festgestellt.<sup>2</sup> Wir sehen Deutschland von solcher gebotenen Vorsorge weiter entfernt denn je, auch weiter entfernt als jedes andere europäische Land.
- Dabei häufen sich für zahlreiche Wirtschaftsgebiete die Nachweise, in welchem Umfang Profitgier und Wissenschaftskorruption die Wege der Forschung gelenkt und Vorsorgemaßnahmen unterbunden haben, obwohl die Risiken seit langem bekannt waren. In der Geschichte des Rauchens, des Asbests und der Holzschutzmittel hat das Millionen von Menschen das Leben gekostet – was eine gesundheitspolitisch inkompetente Wirtschaftspolitik mit zu verantworten hat. Soll sich das enttarnte Schema von Umweltskandalen beliebig wiederholen?
- Die *Benevento Resolution* verweist auf das Trügerische der Annahme, daß

Schädigungen unterhalb geltender Grenzwerte nicht zu erwarten sind. Sie beurteilt Grenzwerte als zweifelhaften Verbraucherschutz, aber effektives Instrument industriegefälliger Instrumentalisierung von Politik und Wissenschaft. Die deutschen Grenzwerte lassen Belastungen bis 10.000.000  $\mu\text{W}/\text{m}^2$  zu, was Industrie und Politik praktisch alles gestattet – den Schutz der Verbraucher aber faktisch aufhebt. Eine grenzwertberuhigte Politik und Schein-Aufklärung ignoriert und dementiert, was an Schädigungsnachweisen weit unterhalb der Grenzwerte bekannt ist und unabhängige Ärzte und Wissenschaftler millionenfach niedrigere Grenzwerte fordern läßt – 10  $\mu\text{W}/\text{m}^2$  im Freien, 1  $\mu\text{W}/\text{m}^2$  in Innenräumen (Salzburger Vorsorgewert von 2002). Bewohner der neuen Bundesländer haben allen Anlaß, den fürsorglichen Grenzwertregelungen der DDR nachzutruern, die sogar die Dauer der Strahlung berücksichtigten – was unerlässlich ist, aber heutigen Grenzwertfetischisten nicht bekannt scheint. Wir bestreiten Politikern nicht das persönliche Recht auf Leichtsinns- und Abenteuer. Aber sie haben es nicht, wo sie über Gesundheit und Eigentum von Millionen von Schutzbefohlenen und die Zukunft von Generationen verfügen!!!

- Regierungen deutscher Bundesländer berufen sich gern auf ihre Übereinstim-

---

<sup>2</sup> Im Oktober 2006 von 42 angesehenen Wissenschaftlern aus aller Welt unterschrieben; hier zitiert nach der Übersetzung durch Bürgerwelle Schweiz

mung mit überregionalen ›Experten-Gremien‹, die unter unabhängigen Wissenschaftlern einen zweifelhaften Ruf haben. Die ICNIRP, der wir die Grenzwerte verdanken, ist ein Privatverein, dessen industriefreundliche Grenzwertempfehlungen bereits für den Niederfrequenzbereich eindeutig falsch waren und dessen verhängnisvolles Wirken Neil Cherry entlarvt hat.<sup>3</sup> Die Strahlenschutzkommission (SSK) hat sich lange parallel dazu und personell identisch damit entwickelt. Dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und seinen 582 Stellen hat ein 84-seitiges Gutachten des Deutschen Wissenschaftsrates am 19. Mai 2006 den Vorwurf einer überwiegend administrativ tätigen Behörde gemacht, die ihrem »Anspruch eines neutralen Informationsvermittlers gegenüber der Bevölkerung in allen wissenschaftlich-technischen Fragen des Strahlenschutzes und der Kernenergie [...] aufgrund der fehlenden wissenschaftlichen Basierung insgesamt nicht gerecht wird« (S. 8).

Sicher ist in SSK und BfS inzwischen ein gewisses Bemühen um mehr Neutralität und Seriosität festzustellen und schränkte der Wissenschaftsrat seine Kritik am BfS ein, wo es wenigstens ein »ambitioniertes, interdisziplinär angelegtes« Mobilfunkforschungsprojekt in Auftrag gegeben habe – das freilich je zur Hälfte von Mobilfunkunternehmen und dem Bundesministerium für Umwelt finanziert wird. Doch solange bei solchen industriell mitfinanzierten Projekten immer nur die Rechtfertigung der Grenzwerte herauskommt, dienen SSK und BfS dem Schutz industrieller Interessen, nicht dem der Bevölkerung, für den sie vom Volk bezahlt werden!

<sup>3</sup> Neil Cherry: Criticism of Health Assessment in the ICNIRP Guidelines for Radiofrequency and Microwave Radiation, Lincoln University, New Zealand 2000

- Es ist nur folgerichtig, daß der auf solchen Grundlagen entwickelte Verbraucherschutz diesen Namen nicht verdient. Die Fetischisierung der Grenzwerte, die Annahme einer einheitlichen menschlichen Robustheit, die angebliche Irrelevanz von beobachteten Schädigungen von Tieren und Pflanzen für den Menschen, ein für Bioorganismen unbrauchbares Postulat ›exakter‹ Schädigungsnachweise: Das alles ist nicht Verbraucherschutz, sondern Gefährdung der Bevölkerung, auch ein wissenschaftliches und politisches Armutszeugnis.
- Die extreme »Auflösung der Verantwortlichkeit«, die der Staatsrechtler Herbert von Arnim in seinem Buch *Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei* dem Föderalismus spezifisch deutscher Prägung vorwirft,<sup>4</sup> zeigt sich an der Hochfrequenzpolitik in paradigmatischer Zuspitzung. Gelegentliche Aussagen des Bundesumweltministers sehen die Bundesländer für den konkreten Verbraucherschutz verantwortlich. Die Bundesländer aber gründen ihren Verbraucherschutz wiederum auf die vom Bund vorgegebenen Grenzwerte und interpretieren ihre Einhaltung als Freibrief, wissenschaftlich und gutachtlich dokumentierte gesundheitliche Schädigungen weit darunter ignorieren und verleugnen zu dürfen. Die betroffenen Bürger sind die Leidtragenden dieses zirkulären Verschiebebahnhofs von Verantwortlichkeiten.
- Wo sich auch die Justiz lediglich auf staatlich vorgegebene Grenzwerte bezieht, ist die demokratische Gewaltenteilung einer neuartigen wirtschaftspolitischen Gleichschaltung gewichen. Sie besiegelt die faktische Entrechtung und

<sup>4</sup> Vorwort zur Taschenbuch-Ausgabe, 2. Aufl. München 2002

Entmachtung von Bürgern - im Namen des demokratischen Rechtsstaats!

- Ein immer größerer Prozentsatz der Bevölkerung bezahlt die Profite von Industrie, Gewerbe und Hausdachvermietern auch mit Wertminderungen des Eigentums. Er büßt für die bequemen Haushaltsmilliarden seiner Regierungen mit aufgezwungenen Verlusten, die sich auf Gesamtdeutschland hochgerechnet zu Billionen addieren – im Namen der ›sozialen Gerechtigkeit‹! Immer mehr Bürger bezahlen diese staatliche Auffassung von ›Gerechtigkeit‹ auch mit Vertreibungen aus ihren Wohnungen und Häusern oder mit einem Leben in Kellern, Wohnwägen und Schutzanzügen – in angeblichen Zeiten des Friedens. Brauchen wir eine neue deutsche Teilung in Modellregionen der Schnurlosigkeit und solche eines Verzichts auf die fragwürdige Übersättigung mit schnurlosem Konsum? Die erwägenswerte neue deutsche Teilung hätte immerhin den Vorteil, daß sich statt der Willkür politischer und finanzieller Macht ein freier Wettbewerb durchsetzen könnte, welcher der Kulturentwürfe sich längerfristig als gesundheits-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch erfolgreicher und zukunftsfähiger erweist. Statt einer gleichmäßigen Verstrahlung aller Menschen, die die Spuren der Verursacher tilgt, blieben auch weniger belastete Vergleichsgruppen erhalten, die Täter zu enttarnen!
- Im Urteil einer industrieunabhängigen Forschung ist das Ergebnis der gegenwärtig betriebenen Ausbreitung elektromagnetischer Hochfrequenz nicht Fortschritt, sondern gesundheits- und sozialpolitische Demontage. Die Folgen einer Hochfrequenzpolitik, die mit Hilfe von Falschdarstellungen, politischer Arroganz und einer instrumentalisierten Justiz immer mehr Menschen und sich

wehenden Kommunen *aufgezwungen* wird, zeichnen sich längst ab: eine um sich greifende Verachtung für alle in Bund und Land politisch Verantwortlichen, ohnmächtige Wut und Resignation, aber auch wachsende Bereitschaft zur verzweifelten Gegenwehr. Und was vordergründig als wirtschaftlicher Erfolg ausgegeben wird, erscheint weitergedacht als Beitrag zu einem unbezahlbaren Gesundheitssystem – mit drastischen Folgen auch für eine gesunde Wirtschaft!

- Nicht nur Klimaschutz und Gentechnik, sondern auch der gegenwärtige Wahn der Schnurlosigkeit gefährdet die Grundlagen unseres Lebens. Die bayrische Rinderstudie und eine soeben abgeschlossene vergleichbare Studie in der Schweiz bestätigen schwerwiegende Schädigungen am Beispiel der Viehwirtschaft. Projektergebnisse, die gravierende Schädigungen auch des Baumwuchses nachweisen, bleiben kurzerhand unveröffentlicht. Und in regierungsamtlichen ›Aufklärungsbroschüren‹ dürfen Wissenschaftler, die für ihre enge Kooperation mit der Industrie bekannt sind, der Bevölkerung versichern: »Technische Geräte sind offenbar wesentlich störanfälliger für Mikrowellen als der menschliche Organismus«.<sup>5</sup>

Politiker und Wissenschaftler, die Menschen in dieser Weise sogar für belastbarer halten als Maschinen, sollten zuerst an sich und ihren Familien testen, was sie in einem offenkundigen Mißverständnis von Aufklärung der Bevölkerung verordnen. Bundespräsident Horst Köhler war der Wahrheit näher, als er in

---

<sup>5</sup> So der letzte Satz einer Schrift von Norbert Leitgeb und Jiri Silny: *Mobilfunk und Funkwellen: Informationen, Fakten, Antworten*, hg. vom Saarländischen Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales, Saarbrücken 2005, S. 22; davor auch in Baden-Württemberg verbreitet

seiner Weihnachtsansprache des Jahres 2004 die Wahrhaftigkeit der Politik anmahnte, 2005 angesichts von Naturkatastrophen auf die Zerbrechlichkeit des Menschen hinwies. Für Umweltkatastrophen, die sich dem Eingriff des Menschen in den Haushalt der Natur verdanken, gilt solche Zerbrechlichkeit ganz analog. Die dokumentierte Störanfälligkeit von Menschen, Tieren und Pflanzen herunterzuspielen, scheint den Unterzeichnern dieses Appells ein gesundheits- und gesellschaftspolitisches Verbrechen an Gegenwart und Zukunft von Generationen!

- Statt mit ihrem Geld die Lenkung der Wahrheit zu organisieren, sollte besonders die Mobilfunkindustrie mehr in die Entwicklung risikoärmerer Formen schnurloser Kommunikation investieren, wenn sie sich selbst eine krisenfreie Zukunft sichern will. Der Technologie-Chef der Telekom Austria, Helmut Leopold, fand als erster Mobilfunkbetreiber zu einer noch kühneren Vorstellung von Fortschritt zurück: Er würdigte das Festnetz als Zukunft der Kommunikation: Denn verglichen mit den unbegrenzten Möglichkeiten von Lichtleiter-Fasern seien die Leitungskapazitäten der Luft lächerlich gering.<sup>6</sup>

- Eine Publikation des Österreichischen Instituts für Menschenrechte hat soeben gezeigt, in welchem Maße die betriebene Mobilfunkpolitik gegen zentrale Standards der Europäischen Menschenrechtskonvention verstößt.<sup>7</sup> Ebenfalls in Österreich haben soeben Wissenschaftler und ein Drittel der Mitglieder des Nationalrats eine Verfassungsklage wegen Verfassungswidrigkeit wesentlicher Teile des Telekommunikationsgesetzes von 2003 angestrengt. Der 32-seitige Text<sup>8</sup> bietet eine zusammenfassende Darlegung vorliegender Schädigungsnachweise, deren Lektüre jedem Politiker und Wissenschaftler, der die Unbedenklichkeit und Harmlosigkeit der betriebenen Hochfrequenzpolitik behauptet, zur verbindlichen Auflage gemacht werden sollte. Er handelt auch von signifikanten Verstößen gegen den Gleichheitsgrundsatz, die Achtung des Privat- und Familienlebens, das Nachbarschutzrecht u.a.m. Nirgendwo sind Verfassungsklagen dieser Art so überfällig wie im heutigen, auf seinen Verbraucherschutz und seine Ethikkommissionen so stolzen Deutschland!

---

<sup>6</sup> Information Newsletter Hartenstein, 18. November 2006

---

<sup>7</sup> Wolfram Karl und Eduard C. Schöpfer (Hg.): Mobilfunk, Mensch und Recht, Salzburg 2006 (mensenrechte konkret 1)

<sup>8</sup> Rechtsanwaltskanzlei Galanda & Oberkofler, Wien

# Appell

Die Unterzeichner/innen dieses Textes verstehen sich als unabhängige Vertreter ihres Faches. Sie halten die Verpflichtung auf Wahrheit und soziale Verantwortung für unverzichtbare Gebote jeder theoretischen wie angewandten Wissenschaft. Sie kritisieren, wie weit beides heute ökonomischen Interessen geopfert wird.

Sie fassen ihre Kritik in den folgenden 10 Punkten und einem entsprechenden Appell an alle Verantwortlichen zusammen:

1. Die überhastete, der Klärung von Risiken vorauseilende Einführung der Wimax-Technik widerspricht nicht nur jedem politischen Vorsorgeauftrag, sondern auch allen Gesetzen politischer Verantwortung und Vernunft. Die Versteigerung muß storniert werden, weil alles andere ein gesundheitspolitisches Verbrechen an der Bevölkerung wäre.
2. Das gegenwärtig beobachtbare Streben von Regierungen, im Aufbau von Musterländern des Mobilfunks und Regionen der Schnurlosigkeit ganz vorne dabei zu sein und den Verbraucherschutz industriegefällig auf die Einhaltung weit überhöhter Grenzwerte zu reduzieren, ist ein Programm gesundheits- und gesellschaftspolitischer Verantwortungslosigkeit.
3. Der Föderalismus deutscher Prägung ist auch dahingehend zu reformieren, daß die Ausbürgerung gesundheitspolitischer Verantwortung nicht zu seiner logischen Folge werden kann. Europa braucht keine Provinzen, die ihre politische Eigenständigkeit auf Kosten von Gesundheit, Umwelt und Kultur erkaufen wollen!
4. Wer ungeachtet bekannter Risiken die Einführung neuer schnurloser Techniken propagiert, sollte zuerst die Haftung regeln und auch bereit sein, sich daran zu beteiligen – wie das in der zivilisierten Welt üblich ist. Beteuerungen der Harmlosigkeit bei gleichzeitigem Ausschluß der Haftung bezeugen das vorhandene Risikobewußtsein, entsorgen es aber auf dem Rücken der Bevölkerung.
5. Staaten, die sich hohe Milliardenbeträge von der Industrie geben lassen, sollten ihre verfassungsgemäße Unabhängigkeit in dreifacher Hinsicht unter Beweis stellen: durch den Schutz der Bevölkerung vor egoistischen Profitinteressen der Industrie; durch die Gewährleistung einer industrieunabhängigen Forschung; durch Förderung schonender Techniken des Kommunikationsfunks.
6. Eine schizophren anmutende Umweltpolitik reagiert mit Verboten, aber auch der Verspätung von Jahrzehnten auf die Risiken des Rauchens – rechtfertigt zugleich aber flächendeckende Zwangsbestrahlungen, die einem gesetzlichen Rauchzwang vergleichbar sind. Sie schmückt sich mit Ethik- und Zukunftskommissionen – praktiziert aber einen ökonomischen Machiavellismus ohne Zukunftsfähigkeit und ethische Legitimation.
7. Staatliche Schutzzusagen ›körperlicher Unversehrtheit‹ werden unterlaufen, seelisch gesunde, aber strahlenbelastete Menschen zu psychisch Kranken gestempelt und nicht selten in Kliniken verstaut. Gegen solche Inhumanität sollten Regierungen, aber auch die heutige WHO, wieder auf jene umfassende Definition von Gesundheit verpflichtet werden, die von eben dieser Organisation 1946 verabschiedet wurde: »Ge-

sundheit ist der Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens«.

8. Menschenwürde, Gesundheit und Schutz vor Willkür sind die elementarsten Güter jeder intakten Demokratie. Sie stehen auch für hohe Milliardenbeträge nicht zur Disposition. **Die UMTS-Versteigerung hat dem deutschen Staat 100 Milliarden DM gebracht. Inzwischen liegen dem Bundesumweltminister – nach noch vertraulichen, aber verlässlichen Informationen renommierter Wissenschaftler – Forschungsergebnisse vor, denen zufolge die gentoxische Wirkung von UMTS diejenige von GSM bei weitem übertrifft. Das ist kein Ergebnis erfolgreicher Wirtschaftspolitik, sondern absoluter Verantwortungslosigkeit, die sich bei Wimax nicht wiederholen sollte!!!**
9. Technik und Wirtschaftspolitik müssen deshalb wieder in jene menschenrechtlichen und ethischen Schranken verwiesen werden, die Gemeingut der europäischen Demokratiegeschichte sind. Heiner Geißlers Buch: *Was würde Jesus heute sagen? Die politische Botschaft des Evangeliums* (2003) und Carl Friedrich von Weizsäckers Reklamation der Nächstenliebe als allgemeinste Grundlage jeder Ethik der Technik bezeichnen auch notwendige Orientierungen einer Ethik der Politik – zum Schutz vor kapitalistischen Entgleisungen der Marktwirtschaft.
10. Der Fortschritt braucht auch eine Reform des politischen Bewußtseins, die mit dem Wahrheitsverlangen und dem Reformwillen demokratischer Bürger Schritt hält. Denn der »Druck der Tatsachen ist so groß, daß wir uns entweder verändern müssen oder von der Erde verschwinden werden«<sup>9</sup>

Alle diese Punkte zusammenfassend appellieren die Erstunterzeichner/innen, die auf der Grundlage weit gefächerter Kompetenzen mit den Wirkungen elektromagnetischer Felder befaßt sind, an die politisch Verantwortlichen:

**Geben Sie uns Demokratien zurück, die sich am Menschen, nicht an industriellen Interessen orientieren! Die einzigen Garanten unserer Zukunft sind gesunde Kinder, eine gesunde Umwelt, eine lebendige Kultur und die Verankerung unserer Demokratien in der Europäischen Konvention der Menschenrechte.**

**Korrigieren Sie eine wirklichkeits- und bürgerferne Politik, die Musterländer des Mobilfunks und Paradiese schnurloser Kommunikation propagiert, aber zunehmend Regionen einer gestörten zwischenmenschlichen und politischen Kommunikation schafft, die *Menschen* zur Auswanderung oder inneren Emigration verurteilen.**

**Mehr denn je trifft zu, was der Erste Bericht des Club of Rome *Die Grenzen des Wachstums* bereits 1972 vorausgesagt hat: Der Mensch steht »nicht nur vor der Frage, ob er als biologische Spezies überleben wird, sondern ob er überleben können ohne den Rückfall in eine Existenzform, die nicht lebenswert erscheint«.<sup>10</sup>**

---

<sup>9</sup> Dennis Meadows: *Die Grenzen des Wachstums*. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, dt. Übers. Stuttgart 1972

<sup>10</sup> Dennis Meadows: *Die Grenzen des Wachstums*. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, dt. Übers. Stuttgart 1972

*Dieser Appell wird mit den Unterschriften der Erstunterzeichner Herrn Bundespräsidenten Horst Köhler, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Herrn Umweltminister Sigmar Gabriel vor dem 12. Dezember übermittelt. Der damit ad hoc vorgelegten Fassung des Appells soll nach dem 12. eine entsprechend aktualisierte Fassung zu weiterer Unterschriftensammlung und Verbreitung folgen.*

#### **Erstunterzeichner/innen**

- Dr. med. Chr. Aschermann (Leutkirch), Nervenärztin und Psychotherapeutin (Mitinitiatorin Freiburger Appell)
- Dr. med. W. Bergmann (Freiburg/ i. Br.), Allgemeinmedizin und Homöopathie (Mitinitiator Freiburger Appell)
- Dipl.-Ing. K. Bleser (Fürth), Innenarchitekt und Baubiologe
- Prof. em. (USA) Dr. phil. Erich W. Braun (Oberursel), 1. Vors. d. Hess. Landesv. mf.-senderfreie Wohngebiete
- Prof. Dr. rer. nat. K. Buchner (TU München), Mathematik, Kernphysik, Elektrodynamik, Vorsitzender der ÖDP
- Bund Naturschutz in Bayern e.V.* (= Landesverband Bayern des BUND)
- Prof. Dr. Hubert Weiger, Forstwissenschaftler, Vorsitzender des BN Bayern
- Dr. Ludwig Trautmann-Popp, Kernphysiker, Energiereferent des BN Bayern
- Helga Krause, Mobilfunkbeauftragte des BN Bayern
- BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (Berlin)*
- U. Dinger (CH-Basel), diagnose-funk, Co-Präsident, Ressort Internet und Koordination
- Dr. med. H. Eger (Naila), Ärztlicher Qualitätszirkel ›EMF in der Medizin – Diagnostik, Therapie, Umwelt‹
- Dr.-Ing. F. Ermisch (Ellwangen), Diplomphysiker
- Prof. em. Dr. med. R. Frenzel-Beyme (Univ. Bremen), Umweltwissenschaften, Epidemiologie
- Dipl.-Ing. W. Funk (Oberammergau), Nachrichten und Hochfrequenztechnik (FH)
- Gesellschaft für Gesundheitsberatung GGB e.V.* (56112 Lahnstein/ Rhein)
1. Vorsitzende Ilse Gutjahr-Jung
  2. Vorsitzender Dr. med. Jürgen Birmanns
- Dr. phil. Mathias Jung, Psychotherapeut und Philosoph
- Dr.-Max-Otto-Bruker-Stiftung, Lahnstein/ Rhein
- Prof. Dr. rer. nat. K. Goebbels (Saarbrücken), Physiker
- Dr. med. D. Grün (Winnenden), Allgemeinmedizin und Naturheilverfahren
- V. Hartenstein (Ochsenfurt), StD i. R., MdL a. D. (Bayern)
- Prof. em. Dr. med. K. Hecht (Humboldt-Universität/Charité Berlin), Neurophysiologie, experimentelle und klinische pathol. Physiologie; Streß-, Schlaf-, Chrono-, Umwelt- und Weltraummedizin
- Dr. med. M. Kern (Kempten), Initiator der Allgäuer Ärzteinitiative, Leiter des ärztlichen Qualitätszirkels ›Elektromagnetische Felder in der Medizin-Diagnostik, Therapie und Umwelt‹
- Dr. med. Gerd Kleilein (Coburg), Mitbegründer des Coburger Mobilfunkappells
- Dr. rer. nat. L. von Klitzing, visit. Prof. (Stockelsdorf), Medizinphysiker (DGMP), Umweltphysikal. Messungen
- Dr. med. M. Lorenz (Völklingen)
- W. Maes (Neuss), Baubiologe und Journalist
- Dipl.-Ing. H. Merkel (Bonn), Elektrotechnik, 1. Vorsitzender des Verbandes Baubiologie
- Prof. em. Dr. phil. J. Neubauer (NL - Univ. Amsterdam), Literaturwiss., Wissenschaftsgeschichte und -theorie
- Prof. em. Dr. phil. K. Richter (Univ. Saarbr.), Literaturwiss., interdisz. Koop., Sprecher d. Bündn. sl. Blen MF
- Dr. med. H. - Chr. Scheiner (München), Allgemeinmediziner (Naturheilverfahren, Psychotherapie), zus. mit Ana Scheiner Institut für Holistische Medizin in München, Gründung der Partei ›Aufbruch‹
- Dr. med. dent. C. Scheingraber (Brunnthal), 1. Vorstand des Arbeitskreises Elektro-Biologie e.V.
- Dipl.-Ing. ETH P. Schlegel (CH-Esslingen), Leitung Bürgerwelle Schweiz und Vorstandsmitgl. diagnose-funk
- Prof. Dr. jur. E. Schöndorf (FH Frankfurt a. M.), Umweltrecht und öffentl. Recht
- Dr. jur. E. Chr. Schöpfer (A – Salzburg), Grund- und Menschenrechtsschutz
- Dr. ing. und Dipl.-Phys. V. Schorpp (Bietigheim), im Vorst.and v. Puls-Schlag, MF Bürgerforum Karlsruhe e. V.
- Dipl.-Met. W. Sönning (Icking), Medizinmeteorologe
- Dr. rer. nat. Dipl.-Phys. St. Spaarmann (Taucha bei Leipzig)
- Dipl.-Psych. H. Tlach (Allensbach), Psychotherapeutin, Sprecherin Agendagruppe Gesundheit in Allensbach
- Dr. med. C. Waldmann-Selsam (Bamberg), Bamberger Ärzte-Initiative, Mitinitiatorin des Bamberger Appells
- Dr. rer. nat. U. Warnke (U. Saarbr.), Biowissenschaft., Vors. Inst. Physiologieforum [...] u. d. Public Health e. V.
- Dipl. Naut. H. Wever (NL - Enkhuizen), Astronom. Navigation und Meteorologie, Direktor e. Seefahrtsschule
- ›Bürgerwelle e. V.‹ und ›Netzwerk Risiko Mobilfunk‹, die beiden gesamtdeutschen Bürgervereinigungen, solidarisieren sich mit dem Appell der Ärzte, Wissenschaftler und Techniker:
- Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog* (Lindenweg 10, D-95643 Tirschenreuth), 1. Vorsit-



zender Siegfried Zwerenz. – Die Bürgerwelle betreut über 1700 Bürgerinitiativen allein in Deutschland

*Netzwerk Risiko Mobilfunk*, mit Unterzeichnung regionaler Ansprechpartner:

Jürgen Groschupp, 1. Vorstand Mobilfunk Bürgerforum e.V. (Baden-Württemberg), Joachim Weise (Bayern), Knut Schlanert (Berlin/Brandenburg), Barbara Schneider (Bremen), Eva Bahia (Hamburg), Klaus Böckner, Vorstandsmitglied des Hess. Landesverb. mobilfunkfreie Wohngebiete e.V. (Hessen), Susanne Günther (Mecklenburg-Vorpommern), Helmut Breunig (Niedersachsen), Gerrit Krause (Nordrhein-Westfalen), Friedrich Spiegel (Rheinland-

Pfalz), Prof. Dr. Karl Richter, Sprecher des Bündnisses saarländischer Bürgerinitiativen Mobilfunk (Saarland), Dr. rer. nat. Dipl.-Phys. Stefan Spaarmann (Sachsen), Oliver Wendenkamp, Dipl.-Biologe, Landesgeschäftsführer BUND Sachsen - Anhalt e.V. (Sachsen – Anhalt), Dr. rer. nat. Lebrecht von Klitzing (Schleswig-Holstein), Bernd Schreiner (Thüringen). – Die Unterzeichner fungieren als erste Ansprechpartner im jeweiligen Land. Meist haben sie es bereits bei der bundesweiten Gründungsversammlung am 25. Mai 2006 vertreten und die »Bamberger Mobilfunk-Erklärung« unterzeichnet.

Interdisziplinäre Koordination sowie Kontaktadresse für Rückfragen:  
Prof. Dr. Karl Richter, Preußenstr. 11, 66386 St. Ingbert, Fax 06894/889946

November 2006